

SPD und Union auf Verhandlungskurs - Einigung in Sicht?

SPD und Union verhandeln über Lösungen in der Asylpolitik und Bürgergeld. Sondierungstermine sind am 13. und 18. März 2025.

Passau, Deutschland - Die Sondierungen zwischen der SPD und der Union zur Bildung einer neuen Regierungskoalition kommen voran, scheinen sich allerdings bis ins Wochenende zu ziehen. SPD-Chefin **Saskia Esken** äußerte, dass einige Verhandler noch im Wahlkampfmodus sind und betont die Notwendigkeit, konstruktiv an Lösungen zu arbeiten. Sie rechnet jedoch nicht mit einer Einigung am Freitag und warnt davor, die Sondierungen als Teil der Koalitionsverhandlungen zu betrachten. Esken hebt hervor, wie wichtig es sei, Vertrauen zu bauen, bevor man in die Details der Gesetzentwürfe einsteigt.

Die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, **Manuela Schwesig**, spricht ebenfalls von konstruktiven Gesprächen. Sie betont, dass die aktuelle Asylpolitik nicht so bleiben kann, hält sich jedoch bedeckt über die gegensätzlichen Positionen von SPD-Chef **Lars Klingbeil** und CSU-Chef **Markus Söder**. Dabei hätte Schwesig gerne den Aschermittwoch für Gespräche genutzt, während Söder an seinem Auftritt in Passau festhielt.

Konfliktthemen in den Sondierungen

Die aktuellen Sondierungen sind geprägt von mehreren kniffligen Themen. So gibt es laut **Tagesschau** konfliktbehaftete Punkte in Bezug auf den Bundeshaushalt, die

Wettbewerbsfähigkeit, das Bürgergeld sowie die innere Sicherheit und irreguläre Migration. Besonders die Migrationspolitik zieht verschiedene Auffassungen nach sich, etwa bei Themen wie Doppelpass, Familiennachzug und Zurückweisungen an der Grenze.

Im vergangenen Jahr gab es 80.000 unerlaubte Einreisen, während 47.000 Personen zurückgewiesen wurden. Die Union drängt auf umfassende Zurückweisungen an der Grenze, während die SPD europarechtliche Bedenken äußert. Vor dem Hintergrund finanzieller Engpässe wird auch über ein Finanzpaket für Verteidigung und Infrastruktur diskutiert, wobei die Zustimmung der Grünen oder der FDP erforderlich ist.

Aussichten auf die kommenden Monate

Die kommenden Jahre werden migrationspolitisch von Kompromissen geprägt sein, wie aus einer Analyse der **DGAP** hervorgeht. Es wird erwartet, dass die zukünftige Regierungskoalition die Realität der Notwendigkeit von Kompromissen frühzeitig anerkennt, um migrationspolitische Veränderungen umzusetzen.

Kompromissmöglichkeiten umfassen unter anderem die Verhandlung von Zurückweisungskontingenten mit Nachbarländern, eine Pilotierung der Asylauslagerung sowie die Fortführung bilateraler Migrationsabkommen. Die politische Landschaft ist von ideologischen Auseinandersetzungen geprägt, jedoch ist die Kompromissfindung für die parlamentarische Demokratie entscheidend. **Analysen** verdeutlichen die unterschiedlichen Positionen der Parteien zu migrationspolitischen Themen und zeigen die Herausforderungen, vor denen die zukünftige Koalition steht.

Die nächste Bundestagssitzung am 13. März soll zur Beratung des Finanzpakets stattfinden, gefolgt von weiteren Lesungen. Die Abstimmungen im Bundesrat sind für den 21. März und der erste Sitzungstag des neuen Bundestags ist am 25. März

vorgesehen.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Passau, Deutschland
Quellen	• www.op-online.de • www.tagesschau.de • dgap.org

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de